

Bericht gemäß § 25 Absatz 7 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz (HmbVerfSchG) über die Kontrolltätigkeit des Parlamentarischen Kontrollausschusses gemäß § 24 Hmb-VerfSchG (Berichtszeitraum: 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008) – Drs 19/2080 –

Kai Voet van Vormizeele CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schneider, Ihr Beitrag kam mir ein bisschen so vor wie: Ich hätte gerne mitgespielt, aber ich durfte nicht, also ist das Spiel, das Ihr spielt, ganz schlecht und deshalb muss ich jetzt meckern.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Sie haben ja gar nichts verstanden!)

Nehmen Sie bitte einmal eins deutlich zur Kenntnis. Das Land Hamburg hat mit insgesamt drei Parlamentarischen Kontrollausschüssen, mit G13-, G10-Kommission und dem PKA, ein sehr dichtes Geflecht an parlamentarischer Kontrolle dessen, was der Verfassungsschutz in Hamburg tut. Alle Kollegen nehmen ihre Aufgabe ausgesprochen engagiert und ernst wahr.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das zu dem, was wir dort tun und auch nicht tun. Seien Sie ganz sicher, Frau Schneider. Wenn irgendjemand auf die Idee kommen sollte, bei Ihnen Videokameras einzubauen, Telefone zu kontrollieren oder Ähnliches, dann fehlt es dem Verfassungsschutz dafür an jeglicher rechtlicher Grundlage. All diese Maßnahmen werden, wenn sie ergriffen werden sollten, vorher dem Ausschuss zur Kontrolle vorgelegt. Ohne dass dieser Ausschuss vorher zustimmt, passiert in dieser Stadt überhaupt nichts. Jeder einzelne Vorgang, der in Grundrechte eingreift, unterliegt einer strengen parlamentarischen Kontrolle; das ist die wichtige Aussage.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich muss ganz offen sagen, Frau Schneider, insbesondere Ihre Gleichstellungsversuche zwischen Staatssicherheit und Verfassungsschutz finde ich unglaublich und ist vor allen Dingen eine Verhöhnung der Opfer der Stasi.

(Beifall bei der CDU – *Wolfgang Beuß CDU*: Da kennt sie was von!)

Wer im selben Atemzug davon spricht, dass inländische Geheimdienste – und hierbei die Stasi nennt – Opposition unterdrücken sollen, der hat nicht verstanden, was wir in diesem Lande mit Verfassungsschutz erreichen wollen. Der Verfassungsschutz hat eine klare und deutliche Aufgabe, er hat die Aufgabe, dieses Land gegen Extremisten zu schützen, die unsere Verfassung gefährden. Genau diese Aufgabe erfüllen die Mitarbeiter dieses Dienstes ganz hervorragend.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Wer meint, er müsse Mitarbeiter des Verfassungsschutzes unter einen General-

verdacht stellen, gar behaupten, die Opposition würde systematisch von der Regierung ausgespäht werden ...

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Das hat sie gar nicht gesagt!)

Ich weise Sie einmal darauf hin: Auch die Kollegen der SPD sitzen zum Beispiel im PKA und haben dort dieselben Rechte wie alle anderen auch. Seien Sie ganz sicher, ich mag mich mit Herrn Dr. Dressel häufig streiten, aber er wäre der Letzte, der ohne jede Art von Öffentlichkeit und sonstiger Arbeit darauf hinweisen würde, dass etwas Rechtswidriges geschieht. Dieser Ausschuss ist voll und ganz in der Lage, die Aktivitäten in dem Maße, wie wir das rechtsstaatlich brauchen, zu überprüfen und auch zu genehmigen, wenn es denn sein muss.

Lassen Sie mich ein letztes Wort sagen zu der von Ihnen skandalisierten Frage der Infostände. Ich finde es ganz interessant. Das ist die Partei, die immer wieder sagt, wir müssen aktiv gegen Rechtsextremismus und gegen Nazis vorgehen. Beim Verfassungsschutz gibt es nur eine einzige Sache. Er würde gerne wissen, wenn sich zum Beispiel, wie in Bergedorf häufiger geschehen, Nazis unter dem Deckmantel von Bürgerinitiativen tarnen und dort fleißig Wahlkampf betreiben oder rechtsextremistische Gesinnung verbreiten. Ich finde es absolut richtig, genau zu wissen, was dort passiert, denn nur dann kann man sehen, wer eigentlich mit welchen Mitteln verdeckt versucht, sich an unsere Verfassung heranzumachen.

Es ist seit Jahren übrigens absoluter Usus, dass die Kollegen dort hineinschauen. Und wenn sie feststellen, dass dort etwas war und sie es mit ihren Akten abgleichen, dann wird es bemerkt. Aber eines ist niemals geschehen. Diese Behauptung, die auch in der Öffentlichkeit suggeriert wurde, dort würden Tausende von Daten erhoben und gespeichert, Daten über Personen würden über Jahre aufbewahrt werden, stimmt überhaupt nicht. Es wurden keine Daten gespeichert. Schauen Sie einmal ins Gesetz, darin steht klipp und klar, was mit solchen Daten geschieht. Da ist nachgeschaut worden, ob ein Infostand als Tarnung dienen sollte. Und wenn man festgestellt hat, dass dem nicht so war, dann ist jede Art von Datensatz sofort innerhalb der Frist vernichtet worden; das ist die Tatsache. Daran ist nichts Skandalumwittertes, das ist ganz normales Bemühen, sich wirklich aktiv gegen Rechtsextremismus und Nazis abzugrenzen.

Wer diesen Verfassungsschutz ständig in den Möglichkeiten beschneiden will, indem er bewusst solche Dinge skandalisiert, der muss sich auch sagen lassen, dass er eigentlich den Kampf gegen Nazis und Rechtsextreme nur sehr bedingt ernst meint; das sage ich ganz offen. Wir brauchen diese Art von Inlandsdienst, damit wir in der Lage sind, gerade auch zum Beispiel dem Rechtsextremismus in der richtigen Form zu begegnen. Wer das nicht will und meint, er könne den Verfassungsschutz abschaffen, der will Extremismus von links und rechts Tür und Tor öffnen. Das machen wir nicht mit, wir sprechen den Mitarbeitern dieses Dienstes ausdrücklich unser Vertrauen aus. Wir wissen, dass dort eine hervorragende Arbeit geleistet wird, und zwar im Sinne unserer Gesellschaft und für diesen Staat.

(Beifall bei der CDU)